

## **Alarmierende Insolvenz-Zahlen: Kleinstunternehmen in Gefahr!**

Aktuelle Insolvenzstatistiken zeigen, dass Kleinstunternehmen in Österreich besonders betroffen sind. Ein neuer EU-Vorschlag diskutiert grundlegende Veränderungen im Insolvenzrecht.

**Österreich** - Am 23. April 2025 berichtet der AKV Europa über die alarmierende Entwicklung der Insolvenzen in Österreich. Die neuen Zahlen zeigen, dass die wirtschaftliche Lage für viele Unternehmen, insbesondere für Kleinstunternehmen, äußerst angespannt ist. Laut den veröffentlichten Statistiken entfielen im Jahr 2024 über 54 % der Unternehmen, deren Vermögen in ein Insolvenzverfahren überführt wurde, auf die Kategorie der Kleinstunternehmen. Diese Zahlen werden durch die Diskussion im Justizministerium über einen EU-Vorschlag zur Angleichung von Insolvenzrecht untermauert.

Der Vorschlag umfasst unter anderem ein „Pre-Pack-Verfahren“ und ein vereinfachtes Insolvenzverfahren für Kleinstunternehmen. Diese Veränderungen sind umstritten, da über 90 % der eröffneten Firmeninsolvenzen Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern betreffen. Oft handelt es sich dabei um Ein-Personen-Unternehmen. Ein alarmierender Aspekt ist, dass in mehr als 60 % der Fälle zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung keine Mitarbeiter mehr beschäftigt sind.

### **Die Schuldenlast der Firmen**

Die Situation wird weiter verschärft durch die Tatsache, dass rund 61 % der betroffenen Firmen Schulden unter 500.000 Euro

haben. Ein Drittel aller Insolvenzen betrifft nicht protokollierte Einzelunternehmen, die ebenfalls häufig Kleinstunternehmen sind. Bei den Unternehmensinsolvenzen 2024, mit insgesamt 4.156 Fällen, entfielen 1.424 (34,26 %) auf nicht protokollierte Einzelunternehmen. Ein besorgniserregender Trend ist, dass viele Privatkonkurse ehemalige Selbstständige betreffen, die weiterhin mit den finanziellen Folgen ihrer Unternehmensaufgaben kämpfen müssen.

Der AKV äußert starke Kritik an der geplanten EU-Richtlinie, insbesondere am vereinfachten Verfahren für Kleinstunternehmen. Die Sorge besteht, dass durch diese Änderungen die Kontrolle über wichtige Abläufe verloren gehen und Gläubiger weniger zurückbekommen. Der AKV warnt, dass das bestehende Insolvenzsystem in Österreich nicht verschlechtert werden darf. Die Anlaufkosten für Insolvenzverfahren betragen in Österreich rund 4.000 Euro, was die finanziellen Belastungen für Unternehmen weiter erhöht.

## **Gesamtzahl der Insolvenzen**

Die Zahlen verdeutlichen die Dramatik der Situation: Bei 2.612 Insolvenzabweisungsbeschlüssen mangels Masse betrafen 1.734 (66,39 %) nicht protokollierte Einzelunternehmen. Diese Einzelunternehmer betrieben zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung noch ein Unternehmen, weshalb das Verfahren als Firmeninsolvenz abgewickelt wurde. Zudem entfällt nahezu ein Drittel der 8.821 Privatinsolvenzen auf „Ex-Unternehmer“, die ihre Verbindlichkeiten aus gescheiterter Selbstständigkeit regulieren. Häufig erfolgt eine Entschuldung erst viele Jahre nach der Stilllegung des Unternehmens.

Insgesamt zeigt die Insolvenzstatistik 2024, dass Firmeninsolvenzverfahren in Österreich professionell, rasch und effizient abgewickelt werden. Dennoch bleibt unklar, wie sich die neuen Regelungen auf die bereits prekäre Lage von Kleinstunternehmen auswirken werden. Der AKV appelliert daher an die Entscheidungsträger, die Herausforderungen der

Unternehmen ernst zu nehmen und konstruktive Lösungen zu entwickeln, um das Insolvenzsystem in Österreich zu stabilisieren.

Details	
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.5min.at">www.5min.at</a></li><li>• <a href="http://www.akv.at">www.akv.at</a></li><li>• <a href="http://www.creditreform.at">www.creditreform.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**